

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
19. Juli 1918

Zuschriften sind zu richten
an die Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 14838.
Expedition: Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Die Sorge um das tägliche Brot.

Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags.

Je mehr wir uns dem Ende des Wirtschaftsjahres nähern, je sorgenvoller blicken wir auf die Vorräte, die langsam dahinschwimmen und vielleicht früher aufgezehrt werden, als die neue Ernte hereinkommt. Rot und Entbehrungen steigern sich, bald fehlt es an diesem, bald an jenem Nahrungsmittel, immer drohender kommt uns zum Bewußtsein, wie ernst es um die Herbeischaffung des täglichen Brotes bestellt ist.

Es ist das vierte Jahr, daß wir uns mit diesem unheimlichen Plagegeist herumzuschlagen, gar viele Verwünschungen sind ihm entgegengeschleudert und es hat nicht an faustigen Vorwürfen gefehlt gegen diejenigen, die man als die Schuldigen für die Größe des Übels verantwortlich macht.

Gemüht hat es nichts! Rufen doch sogar viele in ihrem Unmut, es sei eher noch schlimmer geworden! Das Brot würde kleiner, wohl gab es für eine Zeitlang ein paar Schnitten mehr, aber wir kamen immer wieder zu der gekürzten Ration. Die Kartoffeln reichen nicht, ein Pfund ist zu wenig. Das Fleischquantum ist gering, Milch erhalten nur noch Kinder und Kranke, Geflügel ist bei der hohen Preislage nicht zu kaufen; Eier sind ganz selten geworden, Hülsenfrüchte sind längst verschwunden, Gemüse und Obst nur noch durch stundenlanges Stehen bei der Gemüsefrau zu erlangen; meist aber langt die Verteilung nur bis zur Hälfte der Erschienenen. Nach mühevollen Warten geht die Hausfrau mühsam und ärgerlich ohne Einkauf nach Hause, schilt auf die Gemüsefrau, die viel zu große Mengen an die einzelnen Käufer abgab, anstatt die Ware auf mehrere zu verteilen; sie hat unendlich viele Vorwürfe gegen das Kriegsernährungsamt, das mit seinen Verordnungen und den Höchstpreisen, alle Waren vom Markt vertreibt und wer weiß welchen Unfug sonst noch anrichtet.

Alles ganz berechtigt, zu Ärger und Verdruß über die gegenwärtigen Zustände ist genügend Anlaß vorhanden. Haben wir nicht gesehen, daß Kirichen, Erdbeeren und Johannisbeeren vom Markt verschwanden, als die Höchstpreise angeordnet wurden? Dieser Einwand kommt uns gerade recht, um einen der wichtigsten Grundsätze der Kriegswirtschaft zu prüfen. Die Beobachtung ist richtig. Als die Kirichen 4 bis 5 Mk. das Pfund kostete, waren sie zu haben; als der Höchstpreis auf 1,50 Mk. festgesetzt war, verschwanden sie. Wenn wir ein wenig darüber nachdenken, so kommt es doch wohl daher, daß die Zahl der Käufer, die 4 bis 5 Mk. für ein Pfund Kirichen ausgeben können, sehr gering ist, es wird ganz von selbst die große Zahl der minder Kaufkräftigen ausgeschaltet. Bei 1,50 Mk. wächst sofort riesengroß die Nachfrage, denn obwohl der Preis unerhört ist, ist das Verlangen nach Obst, nach Abwechslung der Kost, so stark, daß dieser Preis gezahlt wird, obwohl auch hier noch viele als Konsumenten ausgeschaltet werden, weil sie bei ihrem Einkommen diesen Luxus sich nicht leisten können. Bei der großen Zahl der Käufer verschwindet die Ware sehr schnell, die bisher zu einem Preis von 4 bis 5 Mk. zu haben war. Allerdings sehr viel Ware nimmt nun den Weg in die

Kreise bevorzugter Käufer, gelangt unter anderem auch zu den Restaurateuren, Konditoren, die über den Höchstpreis zahlen und damit dem Verkäufer den Anreiz geben, ihre Ware dem offenen Markt zu entziehen. Hiergegen kann nur eine gute und strenge Kontrolle helfen, die dem Verkäufer diesen Geschäftsverkehr unterbindet.

Handel und Landwirtschaft haben natürlich ein Interesse daran, die freie Preisbildung zu erlangen, weil dann die Preise weit über die Höchstpreise hinausgehen. Den Wortführern dieser Interessentenschichten, soweit sie in ganz einseitiger Weise nur ihrem Vorteil nachgehen, kommt es darauf an, die Kriegskonjunktur auszunützen, hohe Profite zu sichern; ob die Bevölkerung zu essen hat, ist eine geringere Sorge. Man hüte sich, durch das Schlagwort: die Höchstpreise müssen beseitigt werden, einzufangen zu lassen, denn man unterstützt damit nur das spekulative Begehren gewisser Kreise des Handels und der Landwirtschaft.

Erinnern wir uns doch, wie die Sachlage sich vor der Einführung der Höchstpreise gestaltete. Fleisch war im Preise bis zu 8 und 10 Mk., Butter zu 5 und 6 Mk. das Pfund gestiegen. Dabei haben einige Familien wochenlang weder Butter noch Fleisch erhalten, weil nur der etwas erhielt, der viele Stunden lang vor den Geschäften sich aufstellte, und schließlich mußte noch der Rest der Wartenden sehen, wie ihnen die Waren bei der ganz regellosen Abgabe weggekauft wurden. Die geringen Vorräte verschwanden, und der Rest der Käufer ging leer aus. War es nicht durchaus berechtigt, daß die Sozialdemokratische Partei forderte, durch Einführung von Karten für die Verteilung und Festsetzung von Höchstpreisen diese Zustände zu beseitigen? Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie bedenklich die Aufrechterhaltung des freien Handels für unsere Nahrungsmittelversorgung gewesen wäre, dann gibt uns Österreich das beste Beispiel dafür. Die Herabsetzung der Rationen in Wien im Juni auf 630 Gramm Brot, 125 Gramm Mehl, 40 Gramm Fett und 500 Gramm Kartoffeln pro Woche wäre nie nötig gewesen, wenn die Lebensmittel in öffentliche Bewirtschaftung übernommen worden wären und sobald man sich um die restlose Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion bemüht hätte. Durch das österreichische System hatten die bemittelten Volksschichten die Möglichkeit einer hinreichenden Versorgung, während der übrige Teil der Bevölkerung das Nachsehen hatte. Wenn man jetzt in Österreich auch zu unserer Bewirtschaftung übergeht, so geschieht das reichlich spät, und leider hat auch die deutsche Bevölkerung darunter zu leiden.

Damit soll nicht gesagt sein, daß unserer öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel nicht auch Mängel anhaften. Es ist nicht leicht, bei dem Mangel an Lebensmitteln für eine Bevölkerung von 67 Millionen die Verteilung so vorzunehmen, daß jeder zu seinem Recht kommt. Gar viele haben ein Interesse daran, diese Bemühungen zu durchkreuzen, denn der Kaufmann und der Landwirt sagen sich: Weshalb soll ich von den Produkten, die ich feilbiete, nicht den Preis nehmen, der durch den freien Wettbewerb auf dem Markt entsteht? Und wenn

auch nicht alle so denken, so ist die Zahl derer nicht gering, die dagegen aufbegehren, daß ihr Gewinn in der Kriegszeit beschränkt wird. Das sind die Leute, die uns das Leben schwer machen, denn es ginge uns allen besser, wenn die Lebensmittel gut verwaltet und gerecht verteilt würden.

Das ist das Prinzip, von dem aus die Sozialdemokratie in der Kriegswirtschaft sich leiten ließ; sie hat durch ihre Mitarbeit manche Leiden gemildert und uns vor dem Schlimmsten, dem vollständigen Zusammenbruch bewahrt. Eine einwandfreie Lösung der Frage ist im kapitalistischen Getriebe nicht möglich, das wissen wir als Sozialdemokraten sehr gut; Egoismus und Gewinnucht sind die Triebkräfte des kapitalistischen Systems, und so entschieden wir den Kampf dagegen aufnehmen und das Gesamtinteresse des Volkes in den Vordergrund stellen, wir gelangen zu keinem vollständigen und befriedigenden Abschluß in der Lebensmittelversorgung. Falsch wäre es nur, aus dieser Erkenntnis die Mitarbeit in der Kriegswirtschaft abzulehnen. Jede sachliche Kritik trägt ihren Nutzen, und da zur Erhaltung des Volkes auch die herrschenden Kreise genötigt sind, die wilden Triebe des kapitalistischen Systems, die der Krieg emporwuchern ließ, zu beschneiden, so sind wir mit unseren Bemühungen nicht ohne Erfolg gewesen. Besser kann es erst werden, wenn der Krieg zu Ende geht, die Zufuhr vom Ausland uns offensteht und die Landwirtschaft alle Hilfsmittel wieder zur Verfügung hat, um die Produktion auf die ehemalige Höhe zu bekommen.

Groß ist gegenwärtig schon unser Interesse an dem wirtschaftlichen Aufbau Rußlands und der abgetrennten russischen Staaten. Die russische Landwirtschaft könnte uns einen reichlichen Zuschuß gewähren, wenn nicht bei den politisch unklaren Verhältnissen leider die Aussichten auf eine baldige kräftige Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktion und des Handelsverkehrs so unsicher wären, daß die Hoffnung, von dort eine wertvolle Hilfe zu erlangen, nicht erhegt werden kann. Es ist möglich, daß es im kommenden Erntejahr besser wird, aber vorläufig bleibt dieser Faktor in unserer Lebensmittelversorgung unsicher. Wir sind mithin zunächst auf unsere eigene Produktion angewiesen, aber auch auf eine gute Organisation der Verteilung.

Die restlose Erfassung der Produktion und eine Verteilung unter Berücksichtigung besonderer Ansprüche für Schwerarbeiter, Wöchnerinnen, Kinder, Jugendliche und Kranke, das muß auch in Zukunft die Richtschnur unseres Handelns sein; jedes Abweichen von diesem System kann die Gefahr nur vergrößern.

Die Stunde der Mütter!

Die Kanonade von Verdun grollt in mein spätes Wachen.
Die Nacht geht strahlend ihren gelassenen Gang.
Verkühlt die Starken und tröstet die Schwachen
Und singt den Toten den gewaltigen Grabgesang.

Ich aber zerteile die sternende Hülle,
Die eisig über der Erde schwingt,
Und steige hinab zu der Mütter erhabener Fälle,
Die den Tod mit neuen Geburten bezwingt.

Und alle die Mütter verbinden sich ganz in eine,
In die Mutter, die in einem Stalle Christus gebat.
Und Maria wird eine Mutter wie meine,
Mit Arbeiterhänden und sorgengebleichtem Haar.

Mütter der Welt! in dieser wühlenden Stunde,
Die feurig über den Erdball kreift,
Seid ihr der Strom im bebenden Grunde,
Der die zerrissenen Adern mit neuem Blute speist.

Mütter der Welt! in der Stunde der brennenden Schmerzen,
Die klagend den ganzen Erdball umstöhnt,
Seid ihr die großen, heiligen Herzen
Und habt uns alle als Brüder versöhnt.

Max Barthel.

Politische Umschau

Die Ernährung wird im letzten Monat des alten Wirtschaftsjahres immer schwieriger. Zu der Kürzung der Brotration kommt die Herabsetzung der Kartoffelration. In Berlin werden nur noch 8 Pfund pro Kopf und Woche verabfolgt, wovon die Hälfte schlecht ist. In verschiedenen anderen Orten gibt es seit Wochen keine Kartoffeln; Ersatz soll in Mühlenfabrikaten gegeben werden. Es ist dringend notwendig, daß der Wirtschaftsplan nicht nur immer bis zu den großen Ferien, sondern für 12 Monate festgelegt wird, da es leider dem größten Teil der städtischen und industriellen Bevölkerung nicht möglich ist, 4 bis 5 Wochen aufs Land zu gehen und dort „durchzuhalten“. Ab 1. August wird der Brotpreis um 3 bis 5 Pf. erhöht werden. Das erscheint den maßgebenden Stellen wahrscheinlich eine Kleinigkeit, aber für die Schichten der Bevölkerung, die mit dem Groschen rechnen müssen, ist diese Maßnahme ungeheuerlich. Den Landwirten wird die Frühbruschkprämie von 60 Mk. pro Tonne auf 120 Mk. erhöht. Ausgleichende Gerechtigkeit!

Gewissen Kreisen ist es sehr ärgerlich, daß Brot, Kartoffeln und Politik in einen Topf geworfen werden sollen. Aber die Vorgänge in Österreich haben zur Genüge gezeigt, wie die Zusammenhänge sind. Hätte die österreichische Regierung die Großgrundbesitzer in Böhmen und Ungarn etwas energischer gezwungen, Getreide und Kartoffeln abzuliefern, dann hätten diese Herrschaften zwar nicht so schönen Kuchen essen können, aber der Wiener Arbeiterschaft wäre es erspart geblieben, mit 630 Gramm Brot die Woche auskommen zu sollen und der Regierung wäre wohlher. Deutschland, das selbst nichts hat, hat mit 5000 Tonnen Brotgetreide auszuweichen müssen. Die innere politische Lage war seit Wochen gespannt, durch den Gegenstand zwischen der deutsch-bürgerlichen Regierung des Ministeriums Seidler und dem Polenklub. Das Ministerium Seidler ersuchte um seine Entlassung. Kaiser Karl lehnte die Demission Seidlers ab, beauftragte ihn mit der Neubildung des Ministeriums und wünschte so bald als möglich die Einberufung des Reichsrats. Die Polen lehnen aber Herrn v. Seidler auf alle Fälle ab, die Deutschbürgerlichen bestehen demgegenüber auf seinem Bleiben im Amte, und zu ihnen gesellen sich jetzt die Ukrainer. Den Tschechen ist die Person gleich, sie lehnen die Staatsnotwendigkeiten ab. Die Einberufung des Reichsrats wird unter diesen Umständen leider immer mehr hinausgezögert. Zu den inneren Schwierigkeiten kamen die der äußeren Lage. Die Ausführungen, welche der ungarische Ministerpräsident Bekere über den Rückzug an der Piave machte, lassen es verständlich werden, wenn der Friedenswille sich immer dringender äußert. Zwar wurde hinterher die Verlustzahl von etwa 100000 Mann an Kranken, Verwundeten und Toten und 12000 Gefangenen als zu hoch demontiert, aber das Bild dieses sechstägigen Kampfes bleibt fürchtbar. Der Generalstreik in Budapest ist gescheitert.

In Deutschland gab es einige Friedenshoffnungen; wie weit sie heute noch berechtigt sind, läßt sich nicht sagen. Nachdem Herr v. Kühlmann demontiert hatte, daß er über Holland einen Friedensfühler nach England ausgestreckt habe, brachte die konservative „Kreuzzeitung“ einen Artikel: „Friedensoffensive“, welcher der diplomatischen Verhandlung das Wort redete und merklich von den alldeutschen Anreizungsplänen abrückte. Die holländischen Abgeordneten Drosselhuys, Koolen und Rutgers brachten einen Antrag ein, worin sie die Ansicht vertraten, daß der Zeitpunkt gekommen sein dürfte, wo ein neutraler Staat einen Vermittlungsversuch unternehmen könne. Aus England klangen Ministerreden herüber, die noch immer auf den Ton des Siegenmüssens gestimmt waren, die aber dennoch die Aussicht auf eine Annäherung boten. Unsere französischen Genossen verlangten die Bekämpfung der Friedens- und Kriegsziele. Die englische Arbeiterpartei, welche am 26. Juni ihre Jahresversammlung hatte, lies hierzu Einladungen an die Genossen Troelstra (Holland) und Branting (Schweden) ergehen. Genosse Troelstra ersuchte, in dem Bestreben dem Frieden zu dienen, eine Verständigung mit den österreichischen und deutschen Sozialisten; deutscherseits nahm Genosse Scheidemann an der Unterredung mit Troelstra teil. Plötzlich wurde aber Troelstra von der englischen Regierung der Paß verweigert und dadurch der so notwendige Gedankenaustausch zwischen organisierten Arbeitern der feindlichen Ländern durch eine neutrale Persönlichkeit unterbunden. Im umgekehrten Falle würde wieder behauptet worden sein, daß Deutschland den Frieden verhindern wolle. Die Verhandlungen auf der Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei ergaben, daß auch die Arbeiterführer zu einem Frieden, wie sie ihn wünschen, den Sieg als Vorbedingung ansehen. Der politische Burgfrieden wurde aufgehoben und das Verbleiben der acht Arbeitervertreter in der Regierung für zulässig erachtet. Der Vollzugsausschuß wurde von 16 auf 24 erhöht, wovon die

Mehrzahl Sozialisten sind, womit die Friedensströmung etwas verstärkt sein könnte. Der erste Präsident der russischen Republik, Kerenski, nahm an der Jahresversammlung teil. Er bereist die Entente-Länder.

Am 24. Juni hielt der Staatssekretär v. Kühlmann im Deutschen Reichstag eine Rede, welche die Friedensbestrebungen einen guten Schritt vorwärts zu bringen geeignet waren, indem er erklärte, daß das Kriegsende durch militärische Entscheidungen allein nicht zu erreichen sei, daß vielmehr von allen Seiten versucht werden solle, diplomatische Verhandlungen anzubahnen. Auf die Konservativen wirkte dieses Bekenntnis zur Vernunft sehr erregend, und Graf Westarp gab denn auch dem großen Unwillen der Eroberungspolitiker bereiten Ausdruck. Leider sah sich der Reichskanzler am folgenden Tage veranlaßt, dem Grafen Westarp entgegenzukommen, und Herr v. Kühlmann schwächte seine Worte vom Tage vorher selbst sehr ab. Aber holländische Stimmen meinen, daß nach dieser Rede ein Vermittlungsversuch der Neutralen mehr als je am Platze sei, und auch der Vatikan sieht sie als einen Schritt zur Verständigung an. Unseren Standpunkt hat der Genosse Koske am 26. Juni im Reichstag gut und klar dargelegt.

Am 19. Juni wurde in London die politische Zentralisation zwischen England und seinen Kolonien vollzogen. Wirtschaftlich fühlten sich die riesigen Kolonialreiche Englands absolut eins mit den Interessen des Mutterlandes, weil England Beherrscher der Meere ist. Daher auch die vollständige Teilnahme an dem europäischen Krieg. Nun ist auch die politische Bindung erfolgt, indem die Kolonien teilnehmen an der Regierung. Zur Innenpolitik erklärte Lord Wimborn am 20. Juni im englischen Oberhaus, daß in Irland ein Militärregiment eingeführt sei, dessen Aufrechterhaltung 80000 Mann erfordere. „Daily News“ schrieb nach dem „Vorwärts“: „Abgesehen von militärischen Erwägungen ist die heutige Lage Irlands eine Parodie auf alle Vetenerungen, die Vorkämpfer der Gerechtigkeit und Freiheit in diesem Kriege zu sein.“ In Amerika hat die Innenpolitik Mißstimmung ausgelöst; natürlich ist nicht zu erwarten, daß die Iren von dort Hilfe zu erwarten hätten.

Aus dem Osten wurde unter dem 19. Juni der Sieg der Gegenrevolution in Westsibirien gemeldet; gleichzeitig berichteten die Zeitungen, daß sämtliche in englischen und amerikanischen Häfen liegenden russischen Schiffe beschlagnahmt seien. Rußland protestierte gegen die Einmischung der Entente; die Entwicklung der Dinge in Sibirien ist auf das Konto der Entente zu setzen. Aus Washington kam die Nachricht, daß die Entente Japan zur Intervention in Sibirien aufgefordert hätte, Japan habe jedoch abgelehnt. Inzwischen

wird deutscherseits gemeldet, daß die russische Schwarzmeerflotte sich unter deutscher Kontrolle befinde. Eine letzte Neutermeldung aus London sagt, daß deutsche Kriegsgefangene Irkutsk besetzt hätten, das würde heißen, daß sie für die bolschewistische Regierung kämpfen. Die Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten. Auf dem ersten Kongress der Kriegskommissare, welcher am 7. Juni in Moskau stattfand, erklärte sich Trozky für die Wehrpflicht, anstelle der Freiwilligkeit. Zwischen Rußland und der Ukraine wurde am 26. Juni eine volle Verständigung erzielt. Alle Streitfragen sollen in Zukunft durch ein Schiedsgericht erledigt werden. Klara Bohm-Schuch.

Die Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft.

Am 20. und 21. Juni fand in Berlin eine gemeinsame Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine und des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen statt, um sich mit der Frage der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft zu beschäftigen. Wie die Vorsitzende einleitend betonte, mußten wegen Mangel an zuverlässigem Material zwei wichtige Punkte von vornherein ausscheiden: die Frauenarbeit in der Landwirtschaft und die schädigenden Wirkungen besonderer Berufe auf den Organismus der Frauen. Jedoch sollte diesen beiden Fragen auch in Zukunft die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die verschiedenen Verbände aller Richtungen hätten sich zusammengefunden, um daran zu arbeiten, daß vorausschauende Sozialpolitik die Härten mildere, welche für die arbeitende Frau mit der Übergangswirtschaft verbunden sein werden, und um die Frauen, welche durch den Krieg in fremde Geleise geworfen wurden, wieder in geordnete Verhältnisse zurückzuführen. Natürlich dürfe über der Zukunft nicht die Gegenwart vergessen werden, deren erste Forderung nationale Verteidigung heiße. Die Stellungnahme der Veranstalter sei durchaus privat, wenn auch die Rednerinnen zum Teil Referentinnen am Kriegsamt seien. Das Kriegsamt behalte sich seine Stellungnahme zu den zu erörternden Fragen vor.

Fast jede der nun folgenden Referentinnen hielt es für notwendig, zu betonen, daß die Bedürfnisse der Kriegsführung in erster Linie zu berücksichtigen seien; dahinter müsse jede andere Forderung zurücktreten. Fürchtete man, unsere Regierung könnte der Heeresleitung in den Arm fallen, um das Leben der für den Krieg schaffenden Frauen zu erleichtern? Oder wollte man diese Frauen aufheuern? Das war unnötig, denn sie waren einmal nicht da, zu-

Feuilleton

Blumen sind an jedem Weg zu finden,
Doch nicht jeder weiß den Kranz zu winden. A. Grün.

Das Fünfte.

(Schluß.)

Von Anna Mosegaard. (Nachdruck verboten.)

Draußen heult und tobt der Wintersturm, in ihren Betten schlafen friedlich die vier Kleinen, im warmen Stübchen sitzen die Ehegatten wieder in trauter Harmonie beisammen, beratend, sorgend wie immer. Mit neuem Mut sehen sie wieder hoffend in die Zukunft! Es wird schon noch alles gut werden.

Freilich, die Nähmaschine darf nicht mehr länger stillstehen. Karls Fleiß allein vermag die Not nicht mehr zu bannen. Zimmer steht sie lauend auf der Schwelle, stets bereit, hineinzuschlüpfen ins Färbersche Heim, sich dort behaglich niederzulassen, um so bald nicht wieder zu gehen. Hinter ihr steht grinsend der Hunger, ihr getreuer Begleiter.

Das ist ein zähes Ringen, ein aufreibender Kampf mit den beiden düsteren Gefellen. Martha hätte etwas stärkende Kost so sehr nötig und muß doch von Tag zu Tag die Suppen verlängern, die Kartoffeln einem jeden in den Mund zählen. Die Brotschnitten sind längst schon kleiner geworden, der Appetit um so größer. Und dennoch verzagt sie nicht. Sie muß Sieger bleiben.

Zimmer hoffend, vertrauend auf ihre Arbeitskraft schmiedet sie schon wieder Zukunftspläne. Nur an eines wagen die Ehegatten nicht zu rühren. Eine bange Frage ist es, die sie

beide scheu umgehen, nicht auszusprechen wagen sie es, dies inhaltsschwere Wort: wird der Dub das Letzte sein?

Nur kein Kind mehr! Um alles in der Welt kein Kind mehr! Es müßte vielleicht einst hungern und darben! Viel lieber ungeboren sein, denn solch eine Patengabe mitzukriegen ins Leben!

Sie wird sie ausgesprochen, diese Frage; und doch so schnell beantwortet.

Eines Tages, noch ehe der Dub recht laufen kann, findet Karl Färber, als er des Mittags von der Arbeit heimkehrt, sein Weib mit verweinten Augen am Herdfeuer stehen, er weiß es, er braucht nicht einmal zu fragen nach dem Grund — die Verzweiflung, die aus Martha's Augen spricht, sagt ihm alles: jetzt ist es Gewißheit — das Fünfte — es wird kommen!

So war denn alles Ringen umsonst. Und von dem Tage an haben sie beide das Lachen verlernt. Schwer wie ein Alp legt sich's auf die Gemüter. Nicht einmal rechnen tun sie mehr. Es nützt ja alles nichts.

Mag denn kommen, was da kommen will.

Mit der Zeit aber rüttelt der fortwährende Anblick von Martha's elender, ausgemergelter Gestalt Karl Färber aus seinem Stumpfsinn. Alle Kräfte nimmt er zusammen, um ihr tröstend beiseite zu stehen. Nichts läßt er unversucht, sie zu erheitern, aufzurichten. Längst schon hat er sich, so schwer es ihm auch geworden, das Rauchen abgewöhnt, für die wenigen Groschen, die ihm geblieben, bringt er ihr kleine Erfrischungen mit, die sie jedoch wieder bis auf einen kleinen Bruchteil unter die Kinder verteilt. Mit welchem Lächeln sieht sie dann zu, wenn sie mit Jubel darüber herfallen.

Zimmer bedenklicher wird Martha's Zustand. Oft muß sie tagelang das Bett hüten. Wird sie es diesmal austragen? Hat sie die Kraft dazu?

dem steht hinter ihnen die Notwendigkeit, für sich und ihre Kinder das Brot zu verdienen; sie dürfen nicht wollen — sie müssen!

Fräulein Dr. Gertrud Bäumer sprach über „Die Frauenfrage in der Kriegswirtschaft“ und führte aus, daß solche Tagungen gewissermaßen einen Überblick über die Frauenarbeit in der Kriegswirtschaft gäben. Was hier getan werde, diene sowohl der Leistung des Krieges als der Vorbereitung der Zukunft. Vor dem Kriege befand sich die Frauenarbeit in aufsteigender Entwicklung, sowohl quantitativ wie qualitativ. Der Anstieg der Qualitätsleistung war besonders in den höheren Berufen zu beobachten; in den Fabriken stieg die ungelernete und angelernte Arbeit am meisten. Die Mehrzahl der arbeitenden Frauen gehörte bis zum Kriege zu den Fronenden. Ihr Leben war durch die Arbeit nicht harmonisch ausgestaltet, sondern mißgestaltet. Nur eine kleine Zahl fand die Höhe des Ausdrucks, den der Beruf dort bringt, wo er aus Anlage und höherem Interesse, also aus innerer Freiheit sich ergibt. Der Krieg verwarf jede Zukunft, er forderte Gegenwart. Er warf die Frauen von einer Wirtschaftsfrent an die andere, und der einzige Gesichtspunkt war: Produktionszweck. Die Kriegswirtschaft bedurfte der Massen, die unbehindert anpassungsfähig waren, und solche, die nicht gebunden waren in der Wahl der Arbeit. Das Erwerbsbedürfnis war der Kriegswirtschaft willkommen. Genaues wissen wir weder über das Anwachsen der Frauenarbeit noch über ihre Qualität im Kriege. Immerhin aber zeigen die Zahlen der Krankenkassen, daß der Ausfall der Männerarbeit nicht ganz durch die Frauenarbeit gedeckt werden konnte. Überall, wo ein Anlernen in kurzer Zeit möglich war, hat die Frau den Anforderungen voll genügen können. Für die Zukunft bedeutet das ein Anwachsen halbausgebildeter Kräfte und einen Rückgang der Qualitätsarbeit überhaupt, weil auch das Lehrlingswesen stark zurückgegangen ist. Bezüglich der höheren Berufe muß ein Eindringen in selbständige Stellen festgestellt werden. Absolut bewährt hat sich die Frau in der sozialen Arbeit. Die Bewährung in der Arbeit kann man nie an der des Mannes messen, weil sich die Frau fast nie restlos ihrem Beruf hingeben kann. Hinzu kommt, daß die Leistungsfähigkeit infolge der Ernährung überhaupt um etwa 20 Prozent gesunken ist. Der gerechte Maßstab ist ein moralischer. Dort, wo die Frau sich eingesetzt hat für die Erhaltung der Familie, des Geschäftes, dort liegt der Schwerpunkt der Frauenarbeit im Kriege, hier ist das, was sie geleistet hat für die Erhaltung des Volkes. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ werden zirka 70 Prozent des Familienunter-

halts durch Frauenarbeit aufgebracht. Ein Fortschritt, den der Krieg gebracht hat, sind die Frauenreferate am Kriegsamte. Sie werden in irgendeiner Form weitergeführt werden müssen. Für die Zukunft haben wir die Folgerung zu ziehen, daß das Produktionsinteresse und die Anpassung an Neigung und Lebensbedingungen der Frau zusammengebracht werden müssen. Die Erkenntnis muß durchbrechen, daß wir den Krieg nicht gewinnen, wenn wir den Anforderungen der Kriegswirtschaft genügen, sondern nur dann, wenn es gelingt, das Volk lebenskräftig ins Friedensland zurückzuführen. Dies bedingt aber die Schonung der Frauenkraft in der Kriegswirtschaft.

Herr Geheimer Regierungsrat Professor Wiedenfeld sprach über die „Rohstoffversorgung in der Kriegswirtschaft“. Seine Ausführungen waren ein Loblied auf die Errungenschaften der Technik, die uns in der Kriegsmaterialrohstoffversorgung fast unabhängig vom Ausland mache. Für die praktische Durchführung neuer technischer Errungenschaften sei jedoch Zeit erforderlich, ganze Fabrikanlagen müßten errichtet werden. Und für solche Übergangszeiten müsse auf vorhandenes Material zurückgegriffen werden, daher die Beschlagnahme in den Haushaltungen. Für die kommende Zeit solle nachher gesorgt werden; jezt heiße es: den Krieg gewinnen. Dazu müsse die Produktion stetig um jeden Preis gesteigert werden. — Der Herr sprach, als ob wir noch zehn Jahre Krieg führen könnten.

Der erste Nachmittag brachte dann die Aufrollung der Probleme der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft, wozu Fräulein Dr. Marie Elisabeth Lüders das einleitende Referat übernommen hatte. Zunächst trete uns für die Übergangswirtschaft das Problem der Zahl entgegen. Wohin mit dieser? Die Auffaugung durch das Haus oder durch die alten Berufe stößt auf Schwierigkeiten, weil die Ehefrauen auch fernherhin miterbienen müssen und weil viele Rohstoffe fehlen. Die Kriegsarbeit wird aufhören, die Männer werden wieder eingestellt werden müssen. Die Folgen werden Arbeitslosigkeit, Konkurrenzkampf zwischen den Geschlechtern verbunden mit Lohnbrud sein. Weiter hat die Kriegswirtschaft eine Entblößung des Ostens und eine Überlastung des Westens mit Arbeitskräften mit sich gebracht, die zu beseitigen kaum möglich sein dürfte. Ein Kampf um Produktionspolitik und Sozialpolitik wird nach dem Kriege beginnen. Die Überlastung der Frau geht an die Wurzeln der Nationalkraft überhaupt. Erhöhter Lohnbrud bedeutet, daß weiter noch die Familienlast von den Schultern des Mannes auf die

Alles das sind Fragen, die niemand beantworten kann, denn die Zeit.

Sie trägt es aber aus, trotz Not, Kummer und der großen Schwäche. Ein winziges Geschöpfchen bringt sie diesmal zur Welt, sie selbst ist mit knapper Not dem Tode entronnen. Kraftlos liegt sie in den verwachsenen Rissen; „Unterernährung“ — hatte die Hebamme gesagt. „Gute stärkende Kost sei ihr sehr vonnöten; wenn es ihr recht sei, wolle sie beim Frauenverein vorstellig werden, damit ihr täglich eine kräftige Suppe zugesickt werde. Wozu seien denn diese Vereine da?“ Darauf hatte Martha mit ihrem Manne Rücksprache genommen, sie wußte ja, wie er über derlei milde Gaben dachte. Mit finsternem Gesicht hatte er am Bett gestanden, nicht ja und nicht nein gesagt, nur die Augen, die zornfunkelnden Augen hatten gesprochen.

So weit war es also gekommen!

Allein und Marthas Fleiß hatten nicht vermocht, sie über Wasser zu halten. — Almosen! — Das war das Ende.

Was blieb ihm denn anderes übrig, sollte die Mutter den Kindern erhalten bleiben, mußte er ja schon einwilligen.

„Ja, wenn du nicht willst, Karl? — brauchst es ja nur zu sagen.“ — Wie weh das klang! Bitterten nicht verhaltene Tränen in Marthas Stimme?

Da hatte er sich schweigend umgewandt; er konnte den Anblick nicht mehr ertragen.

Das wachsbleiche Angesicht, die hohlen Wangen, die dünnen blutleeren Lippen — — —! War das Häufchen Elend, das da vor ihm lag, wirklich seine Martha, das blühende junge Weib, das ihm so mutig die Hand fürs Leben gereicht?

Das also hatten noch nicht volle neun Jahre aus ihr gemacht! Die Jahre! — Unsinn — die Kinder waren schuld daran! Seine Kinder! Fast könnte er sie hassen darum.

Gassen? — Die schuldlosen kleinen Dinger! Ja, war er denn von Sinnen, auch nur einen Moment daran zu denken, den Kindern die Schuld an dem Elend zuzuschreiben? Hatten sie nicht so viel Glück, so viel Sonne ins Haus gebracht?

Nein — nein! — nicht sie — die Not war es ja, die sie zugrunde gerichtet. Die Not! — Einzig die Not!

Eine Fata Morgana steigt vor ihm auf. Er sieht seine Martha in hellen, sonnigen Zimmern schalten und walten, sieht sie unringt von der blühenden Kinderjahre — immer ist Brot da — Brot und Fleisch, Kleidung und alles, was zu des Lebens Unterhalt gehört. Keines weint sich in den Schlaf, weil die Brotschnitte zu klein war, jedes hat sein eigenes, großes, schönes Bett — Mutter braucht nicht von früh bis spät das Marterinstrument, die Nähmaschine, zu treten, sie kann mit den Kindern herumtollen nach Herzenslust, ihnen Märchen erzählen und sie erziehen zu allem Guten. Immer ist Lachen und Leben, wenn Vater des Abends von der Arbeit heimkehrt — — — ja — ob, in solchen Verhältnissen lebend, seine Martha auch so ausgesehen hätte? — — —

Aber es muß und soll anders werden, das schwört er.

Nur zu Kräften soll sie erst wieder kommen. Da hustet sie gerade, hohl, bellend. Karl Färber steigt die Rote ins Gesicht, wäre es nicht geradezu Verbrechen, der Armut die Hilfe zu versagen; möge sie auch kommen, woher sie will.

Am nächsten Tage hat Martha zwölf Suppenbilletts, und jeden Mittag muß klein Marthe mit einem Billett zu einer vornehmen Familie, die Suppe für die kranke Mutter in Empfang zu nehmen. Und immer fällt ein klein wenig für die Kinder ab, sie kann nun einmal nicht anders.

In einem Vormittag steigt die reiche Frau Kommerzienrat, die Vorsitzende des Frauenvereins, die wadlige Treppe hinauf, um selbst einmal im Färberschen Heim Umschau zu

schwächeren der Frau gleitet; bedeutet weiter einen Rückgang der Geburten. So muß denn die Forderung lauten: Verteilung der Lasten auf die Geschlechter unter Berücksichtigung der generativen Leistungen der Frau. Die Durchführung wird aber erschwert durch das Fehlen der Untersuchungen über gesundheitsschädliche Arbeiten für Frauen. Das Ziel ist Wirtschaftlichkeit. Technische Fortschritte und Rentabilität dürfen uns über dieses Ziel nicht täuschen.

Warum wurde der Weg nicht aufgezeigt, der sich aus diesen knappen, klaren und sachlichen Ausführungen von selbst ergibt? Konkurrenzkampf der Geschlechter und Lohndruck können nur behoben werden durch gemeinsame Organisationen der arbeitenden Menschen beiderlei Geschlechts. Wege zur Lösung der aufgerollten Probleme sollten allerdings am nächsten Tage gezeigt werden, aber das Wort Organisation wurde ängstlich möglichst gemieden. Und eine Sprecherin war dann mutig genug, einzugestehen, daß sie verbotenen Weg betrete, wenn sie die Berufsorganisation empfehle.

Fräulein Dr. Hilde Oppenheimer, welche für die Arbeiterinnen sprach, wies darauf hin, daß dem drohenden Wohnsturz kein Abbau der enormen Konsumpreise entgegenstünde. Die Wohnungsfrage, besonders der unverheirateten Arbeiterinnen, werde in der Übergangswirtschaft eine große Rolle spielen. Sie trat für die soziale Demobilisierung ein: Streckung der Arbeit, Entlassungen nach dem Familienstand. Große Arbeitslosigkeit gibt die Frauenkraft weiter dem Raubbau preis. Solange die Arbeit der Frau nach der Billigkeit bewertet werde, sei die Leistungsfähigkeit durch den Kostenanschlag verdeckt. Die Forderung für die neuen Berufe den Arbeiterinnenschutz einzuführen, sei unmöglich, weil man deren Schädigungen gar nicht kenne.

Fräulein Klara Klein sprach für die weiblichen Angestellten. Sie befürchtet durch das Eindringen von jungen Arbeiterinnen in die Berufe der Angestellten und durch die flüchtige Ausbildung eine Proletarisierung der Berufe. Sie war es, die den „verbotenen Weg“ betrat, und ein gleiches tat dann Fräulein Dr. Radomski, welche für die höheren Berufe sprach und besonders eine gerechtere Behandlung der Juristin forderte und ihre Zulassung zur Staatsprüfung. Sie forderte Selbsthilfe in der Organisation.

In der anschließenden Diskussion führte unter anderem Genossin Hanna aus, daß alle Vorschläge für die Übergangswirtschaft deshalb so schwierig seien, weil wir den Ausgang des

halten, sich persönlich zu überzeugen, ob die Leute auch würdig sind, die Gabe zu empfangen. Den goldenen Kneifer auf der Nase, steht sie sich prüfend um, in jeden Winkel dringt ihr Blick.

Die Kinder haben gerade von der Nachbarin, einer stets freundlichen Alten, deren Söhne längst erwachsen sind, jedes ein Stück Pfannkuchen, reichlich mit Apfelmus bestrichen, bekommen, das sie soeben, am Tische sitzend, schmakend verzehren. Ein seltener Lederbissen ist das für die Färberischen Kinder, darum essen sie darauf los, ohne viel Notiz von der feinen Dame zu nehmen.

Die findet das zwar unerhört, ebenso stellt sie fest, daß Apfelmus auf Pfannkuchen, noch dazu für Kinder, völlig überflüssig sei. Sie äußert das ganz unverblümt. Aber so sei es in der Regel bei den armen Leuten, den Kindern stecke man alles zu und leide selbst Not dabei. Das sei verkehrt, grundverkehrt. Kinder müßten knapp gehalten werden, lieber entbehren lernen, denn zu üppig leben.

Dann hält sie der Wöchnerin, die sie gerade in der Küche beschäftigt antrifft, einen kleinen Vortrag, daß sie bis zum neunten Tage das Bett zu hüten habe.

Sie weiß es ja nicht, die Frau Kommerzienrat, wie einer Mutter zumute ist, wenn neun Tage lang alles drunter und drüber geht. Nach allem und jedem erkundigt sie sich, nach dem Verdienst des Mannes, ob er ins Wirtschaftshaus gehe, einem Verein angehöre, Zeitungen lese, wohl gar Sozialist sei, ob sie, die Martha, auch recht zu wirtschaften verstehe und vornehmhaft einzukaufen.

Martha Färber schweigt und würgt etwas im Halse hinunter, aber die Frau Kommerzienrat seht die Weichte unbarmherzig fort. Erst als der Säugling, dem infolge der großen Schwäche der Mutter der Segen der Mutterbrust versagt ist und der die Kuhmilch nicht vertragen kann, wim-

mernd zu schreien anhebt, nimmt das Verhör ein Ende. Frau Kommerzienrat rauscht davon, mit einer letzten Mahnung, ja recht häuslich und sparsam zu sein.

Jetzt ist auch Marthas Kraft zu Ende. Schluchzend sinkt sie auf den harten Küchenstuhl und weint zum Erbarmen.

Wer gibt dieser Frau das Recht, in ihrem Heim zu tadeln und zu kritisieren! Hat sie sie so teuer erkaufte, die Suppe, die wohlthätige Armensuppe! Fünf Menschenleben hat sie der Gesellschaft geschenkt. Fünf Menschenleben, und womit zahlte man es ihr heim!

Hunger und Elend sind die bitteren Folgen! Fürwahr, es war ein schlechter Tausch. Doch nun kam ja der Lohn — die Armensuppe!

Die wohlthätige Armensuppe, mit aufdringlichen Ratsschlägen und Vorwürfen gewürzt!

Für die uneheliche Mutter und ihr Kind.

Wie in der „Gleichheit“ seinerzeit berichtet wurde, nahm der Reichstag am 20. Februar dieses Jahres ohne Debatte eine Reihe von gesetzgeberischen Leitsätzen an, die nach langen Beratungen in der Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik zum Schutz für die uneheliche Mutter und deren Kind vorgeschlagen worden waren. Sie setzen ein gewisses Mindestmaß für den Arbeiterinnenschutz fest, fordern einen gründlichen Ausbau aller für den Säuglings- und Kinderschutz notwendigen Maßnahmen und wollen endlich durch Verbesserung der Rechtsbestimmungen die rechtliche, soziale und materielle Lage der unehelichen Mutter und ihres Kindes günstiger gestalten. So verlangen sie in der Hauptsache: die der Erziehung- und wirtschaftlichen Lage des unehelichen Kindes aus der Ehre des Mehrverlehrs entstehenden Nachteile zu beseitigen, die Empfängnisfrist des § 1717 im Sinne des § 1592 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs festzusetzen, bei Bemessung der Höhe der Unterhaltspflicht den Stand des Vaters zu berücksichtigen, die Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr des Kindes zu erstrecken, die Bestrafung unehelicher Väter, die sich der Unterhaltspflicht entziehen, wirksamer zu gestalten, die Bedingungen für die Annahme an Kindesstatt und die Führung des Vaternamens zu erleichtern, Staatszuschüsse zu den Erziehungskosten zu leisten.

Die hohe Bedeutung solcher Gesetzesverbesserungen ist ohne Weiteres klar. Dennoch stellen sie erst den Beginn einer Rechtsgestaltung dar, wie sie der sozialen Anschauung und dem Rechtsbewußtsein fortschrittlich denkender Menschen in unserer Zeit entspricht. Dieser Anschauung gilt die Mutterchaft als solche als eine hohe gesellschaftliche Leistung, sie anerkennt keinen Unterschied zwischen

mernd zu schreien anhebt, nimmt das Verhör ein Ende. Frau Kommerzienrat rauscht davon, mit einer letzten Mahnung, ja recht häuslich und sparsam zu sein.

Jetzt ist auch Marthas Kraft zu Ende. Schluchzend sinkt sie auf den harten Küchenstuhl und weint zum Erbarmen.

Wer gibt dieser Frau das Recht, in ihrem Heim zu tadeln und zu kritisieren! Hat sie sie so teuer erkaufte, die Suppe, die wohlthätige Armensuppe! Fünf Menschenleben hat sie der Gesellschaft geschenkt. Fünf Menschenleben, und womit zahlte man es ihr heim!

Hunger und Elend sind die bitteren Folgen! Fürwahr, es war ein schlechter Tausch. Doch nun kam ja der Lohn — die Armensuppe!

Die wohlthätige Armensuppe, mit aufdringlichen Ratsschlägen und Vorwürfen gewürzt!

Über die Freundschaft. (Schluß.)

Vor auf ist es nun zurückzuführen, daß es so wenig Frauenfreundschaften gibt? Da brauchen wir nur unseren Altmeister Bebel zu hören in seinem Buche: „Die Frau und der Sozialismus“:

„Jene Frauen, die durch ihre sozialen Verhältnisse in freierer Stellung sich befinden, besitzen in der Regel eine einseitige und oberflächliche Erziehung, die in Verbindung mit ererbten weiblichen Charaktereigenschaften sich nachdrücklich geltend macht. Meist haben sie nur Sinn für reine Äußerlichkeiten, sie bekümmern sich nur um Tand und Puz und suchen in der Befriedigung eines verbotenen Geschmacks und in der Frömmung üppig wuchernder Leidenschaft ihren Lebenszweck.“

Die Männerwelt hält sich mit Vorliebe darüber auf, sie vergißt aber, daß sie selbst die Ursache ist und durch ihr Verhalten denselben Vorstoß leistet. Zu diesen vielfach getadelten weiblichen Eigenschaften gehören die gefürchtete Zungenfertigkeit und Klatsch-

dem unehelich und dem ehelich geborenen Kinde und fordert deshalb die absolute Gleichstellung beider vor dem Gesetz, dieselbe Verpflichtung des Vaters wie der Gesamtheit gegenüber beiden.

Eine Reihe von Organisationen, die sich besonders mit Mutter- und Kinderschutz befassen, wie die Mutterschutzvereine, der Verband für weibliche Vormundschaft, das Archiv deutscher Berufsvormünder, die Allgemeinen Ortskrankenkassen für Berlin und die Vororte, der Verband der Waisenspäterinnen und kommunaltätigen Frauen und andere veranstalteten auf Anregung des Deutschen Bundes für Mutterschutz am 24. Juni in Berlin eine öffentliche Kundgebung, in der sie das Recht der unehelichen Mutter und ihres Kindes nach verschiedenen Seiten hin beleuchteten und wichtige Ergänzungsvorschläge zu den Reichstagsbeschlüssen vom 20. Februar machten. Genosse Dr. Quard berichtete zunächst über diese Beschlüsse, Stadtrat Rosenstock aus Königsberg sprach über die freiwillige soziale Fürsorge für das uneheliche Kind, Professor Neubauer aus Berlin gab einen geschichtlichen Überblick über die Rechtsstellung des außerehelichen Kindes, und Magistratsrat Schönberger machte Mitteilungen aus der Praxis der Berufsvormundschaft.

Die stark besuchte Versammlung folgte mit dem regsten Interesse den oft sehr fesselnden Darlegungen der Referenten und wandte sich demonstrativ gegen den einzigen Redner, der sich (als Vertreter des Caritas-Verbandes für Groß-Berlin) vom christlich-kirchlichen Standpunkt gegen die Gleichwertung unehelicher und ehelicher Mutterschaft auflehnte, obwohl auch er übrigens den praktischen Forderungen der Versammlung beistimmte.

Es wurde schließlich einstimmig eine Resolution angenommen, deren Hauptforderungen folgende sind: Unmittelbare Übernahme der Unterhaltsfürsorge für alle Unehelichen durch den Staat selbst oder die großen Kommunalverbände unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen die nach privatem und öffentlichem Recht zum Unterhalt Verpflichteten, Einführung der Berufsvormundschaft (die Resolution lehnt daneben freilich auch die Einzelvormundschaft nicht strikte ab, sondern will sie nur besser organisiert und beaufsichtigt wissen; es soll damit wohl nur den Einzelvormündern eine Konzession gemacht werden), Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens für die Ansprüche aus außerehelichem Weiselschlag, Zulassung des Beweises der Vaterschaft außerhalb der gesetzlichen Empfangnisfrist, ein selbständiges Recht auf Anerkennung der Vaterschaft für das Kind gegenüber dem Vater und dessen Erben, Sicherung der Rechte der Mutter und des Kindes bei Auswanderung

sucht, die Neigung, über die wichtigsten, unbedeutendsten Dinge unendliche Unterhaltungen zu führen, die Gedankenrichtung auf das rein Äußerliche, die Puz- und Gefallsucht und der daraus folgende Gang für alle Modetorheiten; ferner leicht erregbarer Neid und Eifersucht gegen die Geschlechtsgenossinnen, die Neigung zur Unwahrheit und Verstellungskunst. Diese Eigenschaften machen sich bei dem weiblichen Geschlecht allgemein, nur im Grade verschieden, schon im jugendlichen Alter bemerkbar. Es sind Eigenschaften, die unter dem Druck der sozialen Verhältnisse entstanden, durch Vererbung, Beispiel und Erziehung weiter entwickelt werden. Ein unvernünftig Erzeugener kann andere nicht vernünftig erziehen."

Sierbei möchte ich nicht vergessen, darauf aufmerksam zu machen, daß es auch Männer mit „weibischem Einschlag“ gibt. Diese bemühen sich oft krampfhaft um „die Erziehung der Frau“. Sie vergessen aber, daß sie dieselben Eigenschaften besitzen, die sie den Frauen zum Vorwurf machen.

Ferner gibt uns Hulda Maurenbrecher in ihrem Buche „Das Allzuweibliche“ über das Wesen der Frau Aufschluß. Sie macht darauf aufmerksam, wie die Erziehung des Mädchens so grundverschieden von der des Knaben ist. Charakteristisch dafür ist schon die Auswahl des Spielzeugs. Während der Knabe eine Spielsache in die Hand bekommt, bei der seine Phantasie freien Spielraum hat, wie das beim Baulasten, bei der Eisenbahn usw. der Fall ist, erhält das Mädchen die Puppe. Bei dem Puppenspiel braucht es keinen Verstand nicht viel anzustrengen. Sieht es doch täglich zu, wie es die Mutter macht, und braucht es deshalb alles nur nachzuahmen. Hinzu kommt, daß die Mutter in der Kleidung des Mädchens fast immer eine Ausnahme gegen die des kleinen Jungen macht. Für den Jungen ist „gut genug“, was für das Mädchen noch lange nicht „fein“ ist. So lenkt die Mutter unbewußt, denn sie kennt es aus ihrer eigenen Erziehung gewöhnlich nicht besser, das Sinnen und Denken des Mädchens auf das Kleinliche, Nebensächliche.

Lassen wir unseren Nebel einmal wieder sprechen: „Die Frau, die nicht zur Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten gelangt, im engsten Ideenkreis befangen gehalten wird und fast nur in Verkehr mit Angehörigen ihres Geschlechts kommt, kann sich unmöglich über

des Vaters, obligatorische Einführung gleichmäßiger, sogenannter abgekürzter Geburtscheine für eheliche und uneheliche Kinder (die es verhindern, daß die eheliche oder uneheliche Geburt des Kindes sofort aus dem Geburtschein zu erkennen ist) und Versorgung aller unselbständigen (ehelichen und unehelichen) Kinder von ganz oder überwiegend erwerbsunfähigen Kriegsverletzten.

In diesen Forderungen fehlt leider der prinzipiell wichtigste und für die Lebensgestaltung des unehelichen Kindes am schwersten wiegende; eine Forderung, die bezeichnenderweise in dem ursprünglich vereinbarten Resolutionsentwurf enthalten gewesen war: „die Gleichstellung der unterhaltsberechtigten unehelichen Kinder mit den ehelichen hinsichtlich des Erbrechts nach ihrem Vater“. Man hatte sie auf den Einspruch einiger konservativ gerichteter bürgerlicher Organisationen hin fallen lassen. Das veranlaßte die Groß-Berliner Sozialdemokratinnen, die an den Vorbereitungen für die Kundgebung teilgenommen hatten, von einer offiziellen Beteiligung schließlich abzusehen. Damit wollten sie selbstverständlich nicht gegen das von der Versammlung positiv Verlangte, vielmehr nur gegen die Zurückstellung jener prinzipiellen Forderung protestieren. Immerhin hat sich der Bund für Mutterschutz durch die Kundgebung ein Verdienst erworben. Wally Zepfer.

Aus unserer Bewegung

ed. Varnen. Mitte Juni fand im Gewerkschaftshause eine vom Sozialdemokratischen Parteiverein einberufene Frauenversammlung statt, die über 350 Teilnehmerinnen zählte. Leider erwiesen sich die Räumlichkeiten des Versammlungsorts als zu klein, so daß eine große Anzahl Einlaßbegehrender nicht untergebracht werden konnte. Genosse Walser sprach über das Thema: „Sind die Kriegsunterstützungen zum heutigen Lebensunterhalt ausreichend?“ An der Hand eines reichhaltigen Materials war es ihm ein leichtes, den Nachweis zu führen, daß die heute zur Auszahlung kommenden Unterstützungssätze nicht mehr ausreichend sind, um die allernotwendigsten Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände davon zu bestreiten. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze hielt der Redner im Interesse der Volksgesundheit für unbedingt erforderlich.

Zu der Diskussion, an der sich mehrere Kriegerfrauen beteiligten, kam allgemein der Unwille über die zu niedrige Unterstützung und über die Anrechnung des Nebenverdienstes zum Ausdruck. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Anrechnung des Nebenverdienstes

das Alltägliche und Gewöhnliche erheben. Ihr geistiger Gesichtskreis dreht sich nur um die Vorgänge in ihrer nächsten Umgebung, um verwandtschaftliche Beziehungen und was damit zusammenhängt."

Das ist eben das Übel, daß die Frau meist nur am Oberflächlichen haftet, nicht verstandesgemäß in alle Dinge tiefer einzudringen versucht. Weil der Sinn der Frau immer nur das Äußerliche an ihrer Mitbewerberin beobachtet, wird das Neidgefühl wach. Und wo Neid herrscht, kann von tiefer Freundschaft keine Rede sein. Ein weiterer Grund für den Mangel an Freundschaft zwischen Frauen ist das unbegrenzte Mitteilungsbedürfnis. Die Frau glaubt, ihrer „Freundin“ alles, was sie auf dem Herzen hat, anvertrauen zu können, natürlich unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit. Hinterher muß sie dann erfahren, wie die „Freundin“ das Geheimnis so behauptet hat, daß es alle Welt schon weiß. Manchmal ist das „Geheimnis“ nicht so, daß es nicht auch ein anderer wissen kann. Aber schon die Tatsache, daß es weitergeplaudert wurde, verursacht Mißstimmung und — Mißtrauen, die ärgsten Feinde jeder Freundschaft.

Noch ein Wort zu der Freundschaft zwischen Mann und Frau. Das aufrichtigste Freundschaftsverhältnis sollte in der Ehe zu finden sein. Leider ist dem zumeist nicht so. Der Mann, der seine freie Zeit zu seiner Weiterbildung benützt, läßt die Frau gewöhnlich nicht daran teilnehmen. Da hört man dann oft genug: „Das verstehst du nicht.“ Er bemüht sich nicht, bei der Frau das Interesse für seine Bestrebungen zu wecken. Daher kommt es dann, daß bald jeder seine eigenen Wege geht. Kommt dann in reiferen Jahren noch die Abnahme der sinnlichen Leidenschaft hinzu, dann bleibt nichts mehr übrig als nur ein äußerliches Band.

Wie kann von Kameradschaft die Rede sein, wenn der eine dem anderen seine innersten Ideengänge verbirgt? Das ist ja das Schöne, Erhabene bei der wahren Freundschaft, daß beide Teile ganz in ihrem Denken und Fühlen ineinander aufgehen.

Auch hier wird die sozialistische Erziehung, wie wir sie erstreben, Wandel schaffen. Je mehr die materiellen Sorgen aufhören und die sozialistische Produktion das Solidaritätsgefühl von Mensch zu Mensch weckt, um so treuer und häufiger werden auch die Freundschaften werden. Verta Markwald.

einer Bestrafung des Fleißes gleichzuachten sei. Genossin Kolzen unterbreitete der Versammlung eine Aufstellung der Ausgaben einer fünfköpfigen Kriegerfamilie für Lebensmittel. In der Woche vom 9. bis 15. Juni wurden von dieser Familie für Lebensmittel 42,38 M. ausgegeben. Da die Familie auch noch andere Ausgaben für Schuhe und Bekleidungsstücke zu machen hatte, ihr jedoch nur 43 M. Unterstützung zur Verfügung standen, so dürfte an diesem einen Beispiel der Beweis erbracht sein, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze unbedingt erforderlich ist.

Eine Entschliebung im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme.

Dem Appell der Genossin Heubed und des Genossen Dröner, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, da nur durch vereinte Kraft etwas zu erreichen sei, folgten 77 Frauen, ein Resultat, das als sehr befriedigend bezeichnet werden muß.

ed. Die Frauenbewegung im Bezirk Niederrhein. Zu Beginn des Geschäftsjahres waren in den 14 Wahlkreisen des Bezirks nur in 8 Kreisen weibliche Mitglieder der Partei vorhanden. In den 6 anderen Kreisen war die Organisation zu den Unabhängigen übergegangen, und damit hatte die Partei auch ihre Genossinnen verloren. Durch rastlose Arbeit ist es gelungen, in allen Kreisen wieder einen Stamm von Genossinnen zu gewinnen. Ihre Zahl ist von Vierteljahr zu Vierteljahr gestiegen. Wir hatten am 1. April 1917 1368 Genossinnen, am 1. Juli 1485, am 1. Oktober 1857, am 1. Januar 1918 2220 und am 1. April 1918 **2543**. Dieses sind die Zahlen der vollzahlenden Mitglieder.

In den Kreisen, in denen regelmäßig besondere Veranstaltungen für die Frauen getroffen werden, sind auch die organisatorischen Erfolge die besten. An der Spitze steht im Bezirk der Kreis Mors-Rees mit 1021 Genossinnen, es folgen Duisburg-Mülheim mit 489, Essen mit 365, Elberfeld-Barmen mit 237, Krefeld mit 150, Altena-Nerlohn mit 125, Düsseldorf mit 77. In den anderen Kreisen ist die Zahl nur sehr klein. Es sind das vor allen Dingen die sogenannten „schwarzen Kreise“, wo das Zentrum herrscht.

Im ganzen Bezirk wurden bisher von den Genossinnen 30 Pf. monatlich als Beitrag gezahlt; hiervon galten 15 Pf. als Parteibeitrag, für die anderen 15 Pf. wurde den Genossinnen die „Gleichheit“ geliefert. In allen Kreisen haben sich die Genossinnen für die Erhöhung der Beiträge erklärt. Ab 1. Juli werden alle 14 Tage 20 Pf. Beitrag erhoben, unter Gratielieferung der „Gleichheit“.

Die Gratielieferung der „Gleichheit“ hat den Vorteil, daß alle Genossinnen auch ihre Frauenzeitung bekommen. Man muß

natürlich den Beitrag dementsprechend festsetzen. In den Bezirken, in denen die Mitgliedschaft zur Partei nicht gleichzeitig die Lieferung der „Gleichheit“ einschließt, ist die Zahl der „Gleichheit“-Abonnenten leider nicht auf gleicher Höhe mit der Zahl der organisierten Genossinnen.

Das bisherige System hat sich bei uns sehr gut bewährt, und Gutes soll man erhalten und nachmachen.

Worms. Die Genossinnen hatten den Wunsch, einmal einen Vortrag über das jetzt so aktuelle Bevölkerungsproblem zu hören. Da Genossin Zuchacz gerade auf der Durchreise war, ließ sich dieser Wunsch auf einer allgemeinen Mitgliederversammlung der Partei am Montag, den 17. Juni befriedigen. Die Rednerin führte aus, daß der Geburtenrückgang in allen kapitalistisch vorgeschrittenen Ländern bemerkbar gewesen sei. Die verschiedenen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei vor dem Kriege muten heute in der Erinnerung etwas komisch an. Der Weltkrieg hat den beteiligten Ländern neben der ungeheuren Vernichtung blühender Menschenleben zugleich einen weiteren Ausfall an Menschenleben gebracht, eine starke Steigerung der Geburtenverminderung. Rednerin besprach dann die beiden bevölkerungspolitischen Gesegentwürfe: zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verhinderung der Geburten. Ist an dem ersteren Gesegentwurf vieles durchaus annehmbar, müssen wir den zweiten Entwurf ganz ablehnen. In längeren Ausführungen legte die Rednerin klar, wie durch eine zielbewusste, großzügige Sozialpolitik, die nicht an falscher Sparsamkeit krankt, Menschenleben und Gesundheit geschützt werden können. Die Hebung der sozialen und rechtlichen Lage unverheirateter Mütter und ihrer Kinder sei eine unabwiesbare Notwendigkeit, hier gelte es für die Gesetzgebung, sich freizumachen von alten Moralanschauungen, und die Dinge zu behandeln nach ihrer Zweckmäßigkeit. Nicht darin liegt die Stärke einer Nation, daß Kinder in übergroßer Zahl geboren werden, sondern daß die geborenen Kinder alle Voraussetzungen für Leben und Gedeihen vorfinden. Der Vortrag zeitigte eine kurze Diskussion; er hat zweifellos zum Nachdenken angeregt und damit seinen Zweck erreicht.

Bom Fortgang des Frauenrechts

Eine nationalliberale Fraueneinrichtung. Im Festsaal des preussischen Abgeordnetenhauses traten, wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet, den 18. Juni der Reichsausschuß national-liberaler Frauen Deutschlands und die Nationalliberale Frauen-

Teile Deutschlands ist nicht an ihre Person, sondern an den Besig geknüpft.

Das Vorwort des Buches ist von Marie Stritt, der Vorsitzenden des Deutschen Frauenstimmrechtsverbandes. Das Buch sollte ursprünglich erst nach dem Kriege erscheinen, um dem Deutschen Verband und der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht die Unterlage zu geben zu einer intensiven Arbeit zur Erringung des kommunalen Frauenstimmrechts. Preussische Wahlreform und angelegte Neuorientierung machten auch der Frauenbewegung schon während des Krieges den Kampf zur Pflicht. Ausgehend von der Annahme, daß das Gemeindevahlrecht für die Frauen die Vorstufe sein muß zum politischen Wahlrecht, wollen Marie Stritt und ihre Anhänger ihr Streben auf dieses nächste Ziel einstellen. Gibt es auch hierbei wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialdemokratischen und bürgerlichen Frauen, so eint uns doch das gemeinsame Ziel. Wir können nebeneinander und miteinander kämpfen.

Das Buch von Jenny Apolant ist sehr gut, es legt Zeugnis ab von großem Fleiß und Verständnis, wir können es auch unseren Genossinnen als Material zu ihren Arbeiten nur warm empfehlen.
M. J.

Bücherschau

Jenny Apolant, Das kommunale Wahlrecht der Frau in den deutschen Bundesstaaten. Verlag G. Teubner, Berlin und Leipzig. Ladenpreis steif gebunden 3,60 M.

Das Buch ist eine Materialsammlung und ein Nachschlagewerk. In der Einleitung gibt die Verfasserin Gelegenheit zu einem schnellen Überblick über diejenigen Stadt- und Landgemeinden Deutschlands, in denen Frauen unter gewissen Voraussetzungen zur Gemeindevahl zugelassen werden. Selbständige Frauen (das sind „Grundbesitzerinnen, alleinstehende Frauen mit Vermögen“ usw.) dürfen in den Landgemeinden der Provinz Hannover, des Königreichs Sachsen, dem Fürstentum Schaumburg-Lippe, der Hansestädte Lübeck und Bremen, Mecklenburg-Schwerin ihre Stimme persönlich abgeben, während sie in den übrigen Landgemeinden Preußens mit Ausnahme der Rheinprovinz (wo sie gar nicht wählen dürfen) ihre Stimme nur durch einen männlichen Stellvertreter abgeben lassen dürfen. Ebenso ist es in den Stadt- und Landgemeinden Hohenzollern, rechts des Rheins, in Sachsen-Weimar-Eisenach und in Schwarzburg-Rudolstadt. Die sieben östlichen Provinzen Preußens haben eine einheitliche Städte-, ebenso die gleiche Landgemeindevahlordnung, während die Rheinprovinz, Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen-Kassel und Hannover ihre besonderen Gemeindeverfassungen haben. In den Städten der Insel Rügen und Vorpommern gibt es noch eine eigene Verfassung, ebenso im Land Hohenzollern. Für die Gemeinde Helgoland gilt noch eine alte Landgemeindevahlordnung der ehemaligen Herzogtümer Schleswig und Holstein, die für die heutige Provinz schon außer Kraft gesetzt ist. Außerdem hat die Stadt Frankfurt a. M. ihre eigene Gemeindeverfassung. Es versteht sich, daß die einzelnen Königreiche, Großherzogtümer, Herzogtümer, die Hansestädte und Elsaß-Lothringen ihre besondere Stadt- und Landgemeindevahlordnungen haben.

Im ganzen führt Jenny Apolant im Anhang 81 Verfassungsgesetze sowie Land-, Stadt- und Kreisordnungen im Auszug an. Das vorhandene Gemeindevahlrecht der Frauen in einzelnen

Draußen.

Wie der Sturmwind über die Berge,
Jagt meines Blutes heißes Lieben,
Blüht mein Sehnen über mich hin
Mit wildem Schauer. . .
Fremde Frauen ziehen vorüber,
Locken und lachen. —
Mich locken sie nicht.
Mich lockt nur Eine
In ferner Heimat.
Nur Eine, deren Karblaue Augen
Mit hellem Leuchten,
Mit Sonnenlachen
Über mich wachen. Kurt Heilbut (kurzelt im Feld).

gruppe Groß-Berlin zu einer Kundgebung zusammen. Als Vorsitzende des Reichsausschusses war Frau Julie Wassermann anwesend. Namens der Frauengruppe Groß-Berlin führte Frau Klara Wende den Vorsitz. Außer mehreren nationalliberalen Parlamentariern wohnten auch Staatsminister Dr. Friedberg der Versammlung bei. Frau Klara Wende führte in ihrer Begrüßungsansprache aus, daß die Frau aus ihrer politischen Untätigkeit heraustreten müsse. Das Programm der nationalliberalen Frauenorganisation stimme mit dem Gesamtprogramm der Nationalliberalen Partei überein. Ihr Ziel sei nicht politische Arbeit gegen den Mann, sondern mit ihm zusammen. Auf dieser Grundlage aber fordere die nationalliberale Frauenorganisation völlige politische Gleichberechtigung mit dem Manne. Sie sei aber selbstverständlich bereit, Parteidisziplin zu wahren. Im besonderen verfolge die nationalliberale Frauenorganisation die Ziele der Mittelstandspolitik, die besonders in der Zeit nach dem Kriege ihre volle Bedeutung gewinnen werde. Im Anschluß an diese Begrüßungsworte sprach dann der Reichstagsabgeordnete List über die politische Lage. Er trat mit aller Entschiedenheit für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ein, die er im Zusammenhang mit der ganzen politischen Lage als eine deutsche Frage behandelte.

Das alles ist echt nationalliberal! Nicht warm und nicht kalt, nicht Fisch und nicht Fleisch! Die nationalliberalen Frauen sind für Gleichberechtigung, aber wenn die Männer sie nicht wollen, so fügen sie sich — aus Disziplin! Die nationalliberalen Männer sind zur Hälfte für das gleiche Wahlrecht, zur anderen Hälfte dagegen, beide Hälften aber sind gegen das Frauenwahlrecht. Nur nichts Mares und Ganzes!

Bei den dänischen Wahlen Anfang Juli ist eine Frau, und zwar eine Sozialistin, gewählt worden.

Kleine Mitteilungen. Die politische Kommission des Vereins Frauenwohl Groß-Berlin (Ortsverein des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes) hat in einem Schreiben an diejenigen Parteien, die für das gleiche Wahlrecht in Preußen eintreten, die Erklärung abgegeben, daß sie und ihre Gesinnungsgenossinnen sich, falls eine Auflösung des Abgeordnetenhauses stattfindet, ganz in den Dienst der Parteien stellen wollen, um auch ihrerseits zur Wahl derjenigen beizutragen, die für das gleiche Wahlrecht als Kandidaten aufgestellt werden. — Der Verein Frauenstimmrecht, Ortsverein des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes und der Verein Frauenwohl und der Sozialdemokratische Verein für Frauen und Mädchen in Breslau überreichten eine Petition durch eine Deputation, die vom Oberbürgermeister Matting empfangen wurde. Die Petition spricht die Erwartung aus, daß der Magistrat und die zuständigen gesetzgebenden Körperschaften darauf hinwirken werden, daß das Stimmrecht für Frauen baldigt in den Kommunen eingeführt werde. — Der Rat der Stadt Leipzig hat beschlossen, daß Frauen als Pflegerinnen in die Armenanstalten nicht nur aufgenommen werden können, sondern aufgenommen werden müssen. Ferner sollen sie als volle stimmberechtigte Mitglieder in den Ausschüß für Jugendfürsorge, den Schulausschüß, den Ausschüß für das Fach- und Fortbildungsschulwesen und den Ausschüß für die höheren Schulen Aufnahme finden. In anderen Ausschüßen sollen nach Bedarf Frauen hinzugezogen und gutachtlich gehört werden. — In Oesterreich sind die ersten Ministerialbeamtinnen ernannt worden und zwar die beiden Konsulentinnen für Frauenarbeit im Ministerium für soziale Fürsorge, Fräulein Lemberger und Dr. Alma Seig. — Im ungarischen Wahlrechtsausschüß wurde die Bestimmung über das Frauenwahlrecht mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Graf Kisza stimmte dagegen. Eine Anzahl seiner Anhänger nahmen den Paragrafen an, welcher jedoch mit zwei Stimmen Majorität abgelehnt wurde. — Im Entwurf der Verfassung des polnischen Staates ist das Wahlrecht der Frauen nicht berücksichtigt worden. Die Mehrzahl der Minister war für die Verleihung des aktiven Wahlrechts an jene Frauen, die Gymnastialbildung besitzen oder selbständig ein Unternehmen führen; aber der Regenschaftrat lehnte das ab, um die Lage für den Landtag nicht zu komplizieren. „Kurier Polski“ glaubt jedoch, daß die Frage des Frauenwahlrechts den Landtag beschäftigen wird. — Die englische Arbeiterpartei hat im Wahlkreis Stourbridge die erste weibliche Kandidatur zum Unterhause aufgestellt. Die Bewerberin ist Miss Mary A. Macarthur. Sieben verschiedene Wahlkreise hätten sich Miss Macarthur zur Verfügung gestellt, deren Kandidatur von sämtlichen männlichen Gewerkschaften einstimmig unterstützt wird. Miss Mary Macarthur ist die Sekretärin des Nationalverbandes arbeitender Frauen und des Verbandes der Frauengewerkschaften. Sie ist am 13. August 1880 geboren und mit William C. Anderson, einem Unterhausmitglied, verheiratet. Sie hat in Glasgow und in Deutschland studiert.

Ein Protest.

Der Deutsche Frauenstimmrechtsbund und der Deutsche Frauen-ausschüß für dauernden Frieden ersuchen uns um den Abdruck des folgenden Protestes, dem wir uns sachlich völlig anschließen:

Die vorgenannten Organisationen erheben energischen Einspruch gegen den Inhalt eines in Berlin erschienenen „Merksblattes“ zur Organisation eines „Heimatheeres deutscher Frauen“. Was hier als „Pflicht jeder deutschen Frau“ bezeichnet wird, bedarf der strengsten Nachprüfung durch die Frauen.

Punkt 8 bezeichnet als solche Pflicht: „In der Öffentlichkeit, in Straßen, Stadt- und Untergrundbahnen, an Schaltern und in Warteräumen, in Volks- und Mittelstandsküchen, in Theatern usw. jeder staunmachenden Äußerung entgegenzutreten. (Es wird sich dabei empfehlen, jeden aufkeimenden Unwillen durch Hinweis auf den wahren Schuldigen der Kriegsbeschwerden, den Viel-verband, hinzulenken.)“

Frauen mit Verantwortlichkeitsgefühl müssen diesen Rat energisch zurückweisen. Abgesehen von der Unmöglichkeit, die Schuldfrage dadurch zu lösen, daß man über den Gegner das „Allein Schuldig“ ausspricht, wird kein Gerechtender die Kriegswucherer im eigenen Land auf Kosten der Feinde von der Mitschuld an den Kriegsbeschwerden freisprechen können. Außerdem ist es nicht Mission der Frauen, Öl in die Flammen des Völkereffasses zu gießen, sondern Brücken zur Verständigung zu bauen.

Aufs schärfste aber wenden wir Frauen uns gegen

Punkt 5: „Klagen und Gerüchte, die besonders geeignet sind, die Stimmung nachteilig zu beeinflussen, zur Kenntnis der Kriegsberatungsstelle zu bringen, besonders staunmachende Personen festzustellen und namhaft zu machen.“

Wir Frauen sehen in der Aufforderung an „Tausende deutscher Frauen“, in ihren Reihen ein ausgebehnertes Spigel- und Demunziantentöwen zu organisieren, eine unerhörte Beleidigung unseres Geschlechts, eine erniedrigende Zumutung, die man dem Manne nicht bieten würde und die in schreiendem Widerspruch steht zu all den schönen Worten, mit denen man im Kriege die Frauen überschüttet hat.

Wir sehen aber auch die große Gefahr für unser Vaterland. Es gab eine Zeit, da galt in deutschen Landen der Spruch:

„Der schlimmste Mann im ganzen Land
Das ist und bleibt der Demunziant.“

Werden jetzt die Dinge auf den Kopf gestellt, wird Demunzieren zur patriotischen Tat, so liegt darin die Gefahr einer Korruption, die weit über den Krieg hinaus ihre unheilvollen Kreise zieht. Verzicht auf die Bornehmheit und Lauterkeit der Gesinnung bedeutet Preisgabe der besten und edelsten Kräfte unseres Volkes. Unsicherheit und gegenseitiges Mißtrauen werden die erstrebte Einigkeit und Brüderlichkeit zunichte machen und jede freie Meinungsäußerung und damit jede Entwicklungsmöglichkeit im Keim ertöten.

Aus diesen Gründen erheben wir Frauen lauten Protest dagegen, zu solchen Dingen unsere Hände zu leihen. Wir lenken die Blicke der maßgebenden Stellen auf diese Verirrungen mit dem Ersuchen, um der Würde der Frauen, um der Zukunft unseres Volkes willen diesem Treiben mit allen gesetzlichen Mitteln Einhalt zu tun.

Ein Fortschritt.

Kurz vor Reaktionschluß erfahren wir, daß die deutsche Frauenbewegung einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen hat: sie hat „nichtamtlich“ Fühlung mit der obersten parlamentarischen Vertretung Deutschlands, mit dem Reichstag, genommen. Am 4. Juli hatten Mitglieder des Bevölkerungsausschusses aus allen Parteien mit Vertreterinnen der Frauenbewegung aller Richtungen eine Aussprache über die beiden bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfe, die der Ausschüß zurzeit berät. Anwesend waren unter anderem Frau Marie Stritt-Dresden (Vund deutscher Frauenvereine), Frau Katharina Scheven-Dresden (Abolitionistische Föderation), Gräfin Münster (Evangelische Frauenbewegung), Frau Zuchacz und Frau Bally Zeyler (Sozialdemokratische Frauenbewegung), Frau Luise Biez (Unabhängige Sozialdemokraten); außerdem waren zwei weibliche Ärzte, Fräulein Dr. Bygodzinski und Frau Dr. Baum, anwesend. Die Aussprache, über die wir noch berichten, dauerte mehrere Stunden und verlief sehr anregend.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Marie Zuchacz, Berlin SW 68.
Druck und Verlag von J. G. W. Neig Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.